

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **29 (1949-1950)**

Heft 8

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Es ist unbestreitbar, daß die allgemeine Lage seit der sensationellen Mitteilung Präsident Trumans vom 20. September, wonach die Sowjetunion nun ebenfalls im Besitze der Atombombe sei, eine nicht unerhebliche Verschärfung erfahren hat, weil die Haltung Rußlands sich seitdem wesentlich versteifte. Was für einmal die Mitteilung selbst betrifft, so ist seit jenem Tage ein großes Rätselraten in Fluß gekommen, was eigentlich gemeint sei, d. h. ob nach den Kenntnissen der zuständigen amerikanischen Stellen Rußland bereits über für den Krieg verwendbare Lager von Atombomben verfüge, oder ob es sich um eine der ersten Versuchsexplosionen gehandelt habe. Begreiflicherweise wurde eine Äußerung zu dieser Frage an den offiziellen Stellen abgelehnt, und ebensowenig wurde etwas darüber verlautbart, wie man überhaupt diese Explosion oder von dieser Explosion gehört habe, und das wäre doch etwas vom interessantesten gewesen. Auch ist eine große Diskussion darüber entbrannt, weshalb Präsident Truman diese Mitteilung von sich aus gegeben und gerade zu diesem Zeitpunkt gegeben habe, und das scheint nun aus dem ganzen Gewirr von Fragen und Rätseln auch das einzige Element, wo eine Antwort möglich ist. Es ist demnach ziemlich sicher, daß man amerikanischerseits darauf hielt, diese schwerwiegende Mitteilung selbst zu geben, anstatt sie über kurz oder lang durch Herrn Wyschinski als eigentliche russische Sensation auf eine unvorbereitete Welt losbrechen zu lassen. Außerdem scheint es — und darauf verweist auch unser Mitarbeiter aus Washington —, daß die Mitteilung notwendig war, um gewisse zunehmende Ermüdungserscheinungen, die sich in Kongreßkreisen und anderswo auf dem Gebiete der eigenen amerikanischen Rüstung und auf dem Gebiete der Rüstungshilfe für Westeuropa eingestellt hatten, rechtzeitig zu bekämpfen, bzw. abzustellen, und was das betrifft, so läßt sich der volle Erfolg der Mitteilung Trumans allerdings nicht bestreiten. (Man mag sich ob dieser prompten Reaktion fragen, ob nicht vielleicht noch andere Einflüsse hinter der Bekanntgabe stecken.) Sicher ist, daß die Eröffnung weit herum Schrecken verbreitet hat, und um diesen noch recht intensiv zu machen, hat sich nun gleichzeitig die russische Haltung auf allen Gebieten versteift.

Es wird nun natürlich niemand behaupten wollen, es handle sich bei der Eröffnung des amerikanischen Präsidenten um eine erfreuliche Angelegenheit, besonders dann nicht, wenn man sich der wiederholten Äußerung Churchills erinnert, daß allein der exklusive Besitz der Atombombe durch die Vereinigten Staaten den Ausbruch des dritten Weltkrieges bisher verhindert habe. Aber ganz abgesehen davon, daß diese Äußerung für die Vergangenheit wohl Gültigkeit gehabt haben mag, dagegen nicht für alle Zukunft diese Gültigkeit ebenfalls zu beanspruchen braucht, so will uns scheinen, daß dieser nun bekannt gewordene Ansatz zur Herstellung des realen Gleichgewichts der Rüstungen unter den beiden Westmächten gar nicht unbedingt ein Nachteil zu sein braucht. Das ist eine Beurteilung, die man gerade aus Amerika doch schon recht häufig hört, und der bekannte Publizist Walter Lippmann hat sie beiläufig anlässlich einer Ansprache in Zürich ebenfalls zur Diskussion

gestellt. Der Schlüssel zur Erklärung dieser Auffassung aber liegt nun darin, daß die eigentlich seit Beginn des kalten Krieges ständig geäußerte Furcht der Sowjetunion vor einem Angriff durch die «imperialistischen Mächte», d. h. also wesentlich durch die Vereinigten Staaten, tatsächlich mehr oder weniger der wirklichen Auffassung der leitenden Staatsmänner dieses seltsamen Landes entsprach, also keineswegs eine Vorgabe oder ein Bluff gewesen ist. Es hat keinen Sinn, sich über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Vermutung äußern zu wollen; andererseits steht auch gar nicht fest, ob das Gleichgewicht wirklich schon hergestellt ist oder ob man es erst für kommende Jahre in die Berechnungen einzubeziehen hat; — wie dem aber auch sei, so läßt sich wirklich ernsthaft nicht einsehen, wieso die Herstellung des Gleichgewichts der Rüstungen zwischen den beiden Westmächten eine Gefahr für den Frieden darstellen soll.

Eine Verschärfung der Lage ist nun freilich deswegen eingetreten, weil sich die Sowjetunion ihrerseits die Mitteilung des Präsidenten Truman zunutze gemacht hat und, in wohlberechneter Ausnützung des weitverbreiteten Schreckens, neuerdings den starken Mann hervorkehrt. Das macht sich ungefähr auf allen Gebieten bemerkbar, und diese Lage dürfte vorläufig bestehen bleiben. So gehen die Verhandlungen im Rahmen der Vereinigten Nationen nur mit größten Schwierigkeiten weiter; um den österreichischen Staatsvertrag wird verbissen gekämpft; und im deutschen Bereiche ist der ostdeutsche Staat aus der Taufe gehoben worden. Stellt diese zwangsmäßige und eigenwillige Neugründung auch in erster Linie die Antwort auf die Konstituierung des westdeutschen Staates dar, so ließen der Pomp und die Aufmachung der ganzen Aktion doch auf ein gehörig gestärktes Selbstbewußtsein der dahinterstehenden Macht schließen, das irgendwie ebenfalls mit dem Besitz der Atombombe zusammenhängen mag. Es erscheint im übrigen verfrüht, in dem Bereiche der doppelten Staatenbildung in Deutschland bereits zu Schlüssen zu kommen, weil die Dinge noch sehr unabgeklärt sind. Vor allem bleibt abzuwarten die sehr interessante Perspektive, wie sich wohl das Verhältnis der beiden Staatsgebilde zueinander entwickeln wird. Fest steht jetzt schon, daß zum mindesten die westdeutsche Staatsführung durchaus entschlossen ist, die Bildung des Konkurrenzstaates gegenüber den Hochkommissaren als Druckmittel in allen möglichen Beziehungen auszunützen, — eine Taktik, die sich im umgekehrten Fall angesichts der restlosen Ergebnisheit der führenden Partei der Ostzone gegenüber ihrer Besetzungsmacht vorläufig freilich noch nicht anwenden läßt. Immerhin läßt sich heute dieses sagen: daß nämlich die Entwicklungen in Deutschland durch die Zweistaatenbildung nun tatsächlich so gut wie alle Möglichkeiten offen lassen, und man wird gut tun, sich hier, auf längere Sicht beurteilt, so ungefähr auf alles gefaßt zu machen.

Zu dem gesteigerten russischen Machtgefühl hat nun nicht allein die Eröffnung des Präsidenten Truman, sondern außerdem der beispiellose Erfolg entscheidend beigetragen, den die kommunistische Kriegführung in China erzielt hat und laufend erzielt. Man fragt sich, wie die Entwicklungen unter dem Einfluß dieser Sachlage in den übrigen asiatischen Gebieten weiter verlaufen werden. Der Prestigewachst, den die Sowjetunion durch diese Umstände erfahren hat, macht sich jedenfalls bereits in einer erhöhten Selbständigkeit beispielsweise der indischen Politik bemerkbar, wie das Auftreten des indischen Ministerpräsidenten Pandit Nehru in Washington deutlich gezeigt hat. Auch in dieser Beziehung scheint die allein überwiegende Macht der Vereinigten Staaten zur Diskussion gestellt.

Jann v. Sprecher

Militärische Umschau

Die Britische Armee nach dem Kriege

Englische Originalberichte von bestorientierter Seite ergeben folgendes Bild:

Die heutige allgemeine Lage

Das Ende des zweiten Weltkrieges sah England erschöpft und in einer bis dahin unbekanntem wirtschaftlichen Lage. Die Hoffnung war groß, es sei eine Zeit der friedlichen Beziehungen angebrochen und alle Kräfte könnten dem wirtschaftlichen Wiederaufbau gewidmet werden. Die Demobilmachung der Kriegsmarine wurde deshalb beschleunigt und in großem Umfange vorgenommen. Gleichzeitig wurde sie von Standorten zurückgezogen, die bisher als Stützpunkte des Britischen Weltreiches angesehen worden waren. Diese Entwicklung dauerte etwa zwei Jahre und hatte 1947 ihren Höhepunkt erreicht. Die Haltung Rußlands — das noch heute offiziell ein Allierter Englands ist — zeigte aber, daß die Friedenshoffnungen verfrüht gewesen waren. Als man wieder mit dem Ausbau der Verteidigung des Commonwealth begann, war dieses in seiner Struktur schon tiefgreifend verändert. Alte, lange Zeit als unumstößlich betrachtete Grundsätze strategischer wie organisatorischer Art hatten ihren Wert verloren.

Die heutige Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß auf allen Gebieten nach Lösungen gesucht wird, die den neuen Verhältnissen angepaßt sind. Die britische Armee befindet sich heute in einem Experimentierstadium größten Umfanges. Die rasche und gründliche Demobilmachung hat hiefür teilweise eine günstige Ausgangssituation geschaffen. Es ist bekannt — die Jahre vor dem letzten Krieg haben es deutlich gezeigt —, daß es leichter ist, eine Armee von Grund auf neu aufzubauen, als eine bestehende Armee umzuorganisieren. Zahlreiche Briefe an die Redaktion der großen Tageszeitungen beweisen, daß man sich auch der Gefahren bewußt ist, die dieser Zustand mit sich bringt. Mehr und mehr hat die Beunruhigung über die offensichtliche Schwäche der britischen Streitkräfte überhand genommen. Die große Frage ist, wie lange man in diesem Zustand weiterhin verbleiben kann und in welchem Umfang wieder aufgerüstet werden muß. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Landes birgt die Gefahr in sich, den Rüstungsstand über das erträgliche Maß hinaus zu bremsen.

Britische Wehrpolitik

Das Thema der «French-Gascogne Prize Essay» für 1948 lautete: «In Peace time our fighting services have to be reduced at a level to which they cannot hope to meet every threat to our extended commonwealth. How can we ensure that our limited forces have the maximum effect as a deterrent to war?» Hierin ist das ganze Problem der britischen Wehrpolitik gekennzeichnet. Das Resultat dieses Preisausschreibens wurde im Maiheft des «Journal» der «Royal United Service Institution» veröffentlicht. Bezeichnend ist, daß die Jury keine der über zwanzig eingereichten Arbeiten der Goldmedaille würdig befand. Das angestrebte Ziel ist klar: Englands Rüstung darf keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß das Land auch weiterhin gewillt und in der Lage ist, seine Interessen nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Dies ist die sicherste Garantie, den Frieden zu erhalten. Auf welche Weise dies aber am besten erreicht werden kann, ist noch nicht abgeklärt. Die Arbeit, die von der Jury als die beste beurteilt und veröffentlicht wurde, gibt einige Anhaltspunkte dafür, in welcher Richtung die Lösung heute angestrebt wird.

Es ist hier nicht möglich, die Politik Großbritanniens im einzelnen zu verfolgen. Es sollen nur einige der mit der Verteidigung des Commonwealth zusammenhängende Hauptprobleme erwähnt werden. Englands Strategie konzentriert sich auf vier Hauptzonen: Ostasien — Indischer Raum — das Mittelmeergebiet — Europa und der Atlantikraum. Ostasien gilt heute vornehmlich als Zone der U.S.A. Der indische Raum ist für seine Verteidigung in erster Linie auf die beiden jungen Dominions angewiesen. Hier bildet die Lösung der zahlreichen zwischen den beiden Ländern bestehenden Konflikte das Hauptproblem.

Das Mittelmeergebiet und Europa aber sind die beiden Gebiete, die für die Verteidigung Großbritanniens von unmittelbarster Bedeutung sind. Die seit 1947 bezogene feste Haltung Großbritanniens hat schon wesentliche Erfolge gezeitigt. Es herrscht die Auffassung vor, daß England nach anfänglichen Rückschlägen in diesem Raum die erste Runde im «kalten Krieg» gegen den Osten gewonnen habe. Zwei Ereignisse der jüngsten Zeit haben aber eindrücklich gezeigt, daß auch hier noch manche Probleme der Lösung harren, nämlich die Bekanntgabe des Vorhandenseins der russischen Atombombe und die Konstituierung der ostdeutschen Regierung.

Die Atombombe

Alle Pläne und Vorbereitungen beruhen auf der Berechnung, Rußland werde die Atombombe nicht vor 1952 besitzen. Man fragt sich, ob die Tatsache, daß die Russen bereits heute über diese Waffe verfügen, die Möglichkeit eines Krieges näher gerückt habe. Man empfindet es als schweren Schlag gegen das Prestige, daß die britische Wissenschaft das Problem bis heute nicht zu lösen vermochte. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten neu aufgeworfen. Der bekannte Historiker Arthur Boyant nimmt zu diesem Problem im Leitartikel der «Illustrated London News» vom 8. Oktober ausführlich Stellung. Er weist auf die Gefahr hin, sich allein auf die Hilfe der Vereinigten Staaten zu verlassen. Zur Zeit ist Englands einziger Schutz vor der Atombombe Amerikas Wille, seine Bomben für die Verteidigung Großbritanniens zu verwenden; aber wird das immer so sein? In der Wochenschrift «Truth» vom 30. September wird die Situation noch drastischer hingestellt: man müsse darauf gefaßt sein, daß in einem Atomkrieg England von Amerika in die Rolle eines großen Flugzeugträgers herabgedrückt und in erster Linie unter den Zerstörungen zu leiden haben werde. Nach allgemeiner Ansicht muß England weniger von der Hilfe der U.S.A. abhängig werden, wenn das Ziel erreicht werden soll, den Ausbruch eines Krieges durch eigene Kraft zu verhindern.

Die Stellung Deutschlands

Die Konstituierung einer deutschen Regierung im Ostsektor hat die Stellung Deutschlands innerhalb der westlichen Welt neu zur Sprache kommen lassen. Im Sonntagsblatt «Observer» wurde diese Frage in der Nummer vom 9. Oktober eindringlich behandelt. Der Verfasser ist der Ansicht, daß nur eine Aufnahme Deutschlands als vollgültiges Glied in die Westunion der Bonner Regierung die nötige Autorität über ganz Deutschland verleihen könnte, sofern die Russen, wie schon mehrmals angetönt, ihre Besatzungskräfte aus Deutschland zurückziehen. Wenn dies auch keineswegs der allgemeinen Ansicht entspricht, so ist der Artikel doch symptomatisch; man ist sich allgemein darüber einig, daß die Verteidigung Westeuropas eng mit der Lösung der deutschen Frage verbunden ist.

Die Westunion

Ab und zu wird die Frage aufgeworfen, ob eine Verteidigung Westeuropas überhaupt möglich sei und ob nicht einem russischen Vorstoß nach dem Westen

besser durch Bedrohung aus der Flanke in Vorderasien begegnet werden könnte. Die Bedeutung Vorderasiens in einem Krieg gegen Rußland wird von niemandem bestritten, die Frage ist nur, ob die in Europa eingesetzten Kräfte wirksamer zur Verstärkung jenes Raumes verwendet würden. Die Bedeutung Europas hat nun aber mit der Bekanntgabe der russischen Atombombe zugenommen. Ferner bezweifelt heute niemand mehr, daß die mit der Westunion verfolgte Politik schon beachtliche Erfolge erzielt habe. Cyrill Falls, Professor für Kriegsgeschichte in Oxford, widmet seinen Artikel «Britain Yesterday and To-day» in der «Illustrated London News» vom 8. Oktober der Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit Europa. Er weist darauf hin, es genüge heute nicht mehr, die Verbündeten auf dem Kontinent nur mit Waffen und Geld zu unterstützen. Mehr als je müsse das gegenseitige Verständnis geweckt werden; vor allem müßten die Engländer mit den Problemen und Auffassungen der Kontinentalmächte vertraut werden.

Die Mittel

Man ist sich heute über die zu erreichenden Ziele weitgehend im klaren, es stellt sich aber die Frage, mit welchen Mitteln diese erreicht werden können.

Berufsarmee und allgemeine Wehrpflicht

Ein beschränktes, aber auf dem höchsten Stand der Technik stehendes Expeditionskorps soll den Kern der britischen Streitkräfte bilden. Daneben muß eine Heilmarmee zur Verfügung stehen, die imstande ist, die ausgedehnten Küsten gegen Angriffe von der See her zu verteidigen und den Schutz des Mutterlandes gegen Luftangriffe sofort zu übernehmen. Ferner soll durch eine Reserve an ausgebildeten Mannschaften die Vergrößerung der Expeditionskräfte rascher durchgeführt werden können, als dies in den beiden letzten Kriegen möglich war. Diese Forderungen haben neben der Berufsarmee zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht geführt.

Ehe noch die ersten Wehrpflichtigen ihre Ausbildung vollendet haben, wird schon in weiten Kreisen die allgemeine Wehrpflicht als ein Fehlschlag bezeichnet. Lord Beaverbrock hat in seinem am 10. Oktober im «Daily Express» veröffentlichten Wahlprogramm deren Aufhebung verlangt. Ebenso sprach sich Liddel Hart in der «Picture Post» vom 30. April gegen die allgemeine Wehrpflicht aus. Welches sind die dafür angeführten Gründe? Eine erste Auswirkung der allgemeinen Wehrpflicht war die schwere Behinderung des Ausbaues der Berufsarmee. Ihr liegt die Ausbildung der Wehrpflichtigen ob und dadurch werden zahlreiche Kräfte an Kader und Mannschaften den Einheiten entzogen. Große Summen, die sonst der Berufsarmee zugute kämen, werden für die Ausbildung der Wehrpflichtigen verschlungen. Solange aber die Besoldungs- und Unterkunftsverhältnisse nicht gebessert werden können, wird die Berufsarmee Mühe haben, die notwendigen Mannschaften und Offiziere anzuwerben. Die Anmeldungen zur Berufsarmee sind auch in aufsehenerregendem Maße zurückgegangen. Solange jedoch die allgemeine Wehrpflicht große Summen beansprucht, wird es nicht möglich sein, hier tiefgreifende Änderungen vorzunehmen. Die Folge ist, daß die Berufsarmee nur über zwei kampfkraftige Divisionen und zwei Panzerbrigaden verfügt. Als Minimum wird aber ein Expeditionskorps von 8—10 Divisionen bezeichnet.

Nach allgemeiner Ansicht ist eine Ausbildung von 18 Monaten ungenügend und infolgedessen das Geld für die Ausbildung der National-Service-Men eine unnütze Verschwendung. Auch befürchtet man, daß durch die erhöhte Beanspruchung der Offiziere ihre Qualität zurückgehen werde, da sie nicht mehr über die nötige Freizeit verfügen, um sich weiter zu bilden — eine Gefahr, die auch für die schweizerischen Instruktionsoffiziere akut ist. Auf diese Tatsache hat Oberstleutnant Laudon

in der Juli-Nummer des «Journal» der «Royal United Service Institution» hingewiesen. Im gleichen Sinne hatte sich Lord Wavell schon 1928 in der «Encyclopaedia Britannica» im Kapitel «Development of Armies 1870—1928» ausgesprochen¹⁾.

Trotz diesen zahlreichen Stimmen für die Rückkehr zur reinen Berufsarmee scheint die allgemeine Wehrpflicht in irgend einer Form beibehalten werden zu müssen. Möglicherweise muß die heute freiwillige Territorial-Armee in der einen oder anderen Form diese Aufgabe übernehmen, denn es scheint unbestritten zu sein, daß Flotte und Luftwaffe die Verteidigung des Mutterlandes nicht mehr allein übernehmen können²⁾.

Die Rolle der Luftwaffe

In der Schaffung einer starken Luftwaffe erblickt man eines der besten Mittel, eine feindlich gesinnte Macht vom Kriege abzuhalten. Diese muß gleich zu Beginn eines Krieges im Stande sein, das Mutterland vor Bomberangriffen zu schützen, die Seeverbindungen offen zu halten und mit starken Offensivaktionen den Gegner in seinem Hinterland zu treffen. Diesen Sommer wurden in zwei großen Luftmanövern neue Verfahren des Angriffes und der Verteidigung erprobt. Man hofft, daß eine solche Luftwaffe helfen soll, die nötige Zeit zu gewinnen, um die Landkräfte für Offensivaktionen bereitzustellen.

Die materielle Rüstung

Hinsichtlich der materiellen Rüstung werden die zur Verfügung stehenden Kredite weitgehend für Forschung und Herstellung von Versuchstypen verwendet. Man rechnet damit, daß es vor 1954 nicht zu einem Krieg kommen kann. Es wäre deshalb falsch, große Summen für die Herstellung von Kriegsmaterial auszugeben, das in diesem Zeitpunkt bereits veraltet sein könnte. Im weiteren kann die Industrie diese Aufträge heute nicht übernehmen. Die volle wirtschaftliche Kraft muß für den Wiederaufbau verwendet werden. Es wäre für die Sicherung des Friedens gefährlich, diesen Wiederaufbau durch große Rüstungsaufträge zu verlangsamen. Eine gesunde Wirtschaft, die einen genügenden Lebensstandard sicherstellt, gilt als eine der wichtigsten Waffen im «kalten Krieg». Aus diesen Gründen werden heute hauptsächlich Prototypen hergestellt und ihre Massenherstellung geplant. Der Flugwaffe kommt dabei die Priorität zu. Die Vorführung der neuesten Flugzeugtypen im September dieses Jahres hat zum ersten Male der breiten Öffentlichkeit die in dieser Beziehung erreichten Fortschritte eindrücklich gezeigt. Neben der Luftwaffe wird großes Gewicht auf die Entwicklung neuer Fliegerabwehrwaffen gelegt. Für die Armee wird in erster Linie die Entwicklung wirkungsvoller Waffen gesucht, die wenn möglich durch Flugzeuge sollen transportiert werden können.

Schl u ß f o l g e r u n g

Auf allen Gebieten ist heute der Wille spürbar, die einstige Stärke wieder zu erlangen. Wenn im einzelnen auch noch in vielen Fragen Meinungsverschiedenheiten

¹⁾ Dieser Artikel ist neu erschienen in Wavells Buch «The good soldier», London 1948, S. 179 u. ff.

²⁾ Während der Drucklegung erreichte uns ein Artikel von Brig. A. R. W. Low, Oktoberheft der «Army Quarterly», S. 33 u. ff., der sich mit der allgemeinen Wehrpflicht befaßt. Der Autor geht davon aus, daß die stehende Armee wieder schlagkräftig und die allgemeine Wehrpflicht beibehalten werden müsse. Die Tatsache, daß heute die stehende Armee durch die Ausbildung der Wehrpflichtigen über Gebühr belastet werde, sei nicht der Fehler der Wehrpflicht an sich, sondern des heute angewendeten Systems. Der Autor schlägt sodann eine andere Lösung vor.

bestehen, so sind doch die Hauptlinien klar erkennbar. Auf allen Gebieten werden Anstrengungen unternommen, um den neuen Anforderungen entsprechen zu können. Mehr als irgendeine Armee ist die britische traditionsgebunden; der Wert der Tradition wird hochgehalten, doch ist man sich darüber klar, daß diese nicht, wie schon oftmals, zur Erstarrung führen darf. Es ist heute von leitender Stelle aus reichlich dafür vorgesorgt worden, daß dies nicht geschehe.

Miles

Brief aus Washington

Man hatte in Washington der Reaktion des amerikanischen Volkes auf die Nachricht vom

Verlust des Atombomben-Monopols

mit ziemlicher Besorgnis entgegengesehen. Einzelne hohe Beamte befürchteten so etwas wie eine nationale Panik, und das Bestreben, solchen Eventualitäten wirksam begegnen zu können, war bestimmend für den Entscheid der Regierung, das einmal bestätigte Ereignis bekanntzugeben. Wünschenswert schien vor allem, daß man nicht genötigt sein würde, die Nachricht von einem Zeitungskorrespondenten oder gar aus dem Munde Herrn Wyschinskis entgegenzunehmen. Die Erklärung Präsident Trumans wurde denn auch mit bemerkenswerter Ruhe aufgenommen. Gewiß war sie ein großes Ereignis, das von den Zeitungen mit ausführlichen Berichten an erster Stelle gewürdigt wurde. Im Grunde aber fehlte jede Aufregung, und die dunkeln Vorahnungen bewahrheiteten sich nicht. Verschiedene Faktoren spielten dabei eine Rolle, unter anderem die geschickte Art der Bekanntgabe, dann die Tatsache, daß die Mitteilung nicht ganz unerwartet kam, und schließlich der angeborene Optimismus des amerikanischen Volkes. All' dies kann jedoch keineswegs über die Wichtigkeit des Ereignisses hinwegtäuschen, das zweifellos von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung der amerikanischen Politik im In- und Ausland sein wird. Seine Folgen lassen sich vor Ablauf einer größeren Zahl von Monaten im einzelnen nicht ermitteln, doch erweist sich eine Abklärung der heutigen Lage als möglich und vielleicht auch als nützlich.

Die Aufrechterhaltung eines notdürftigen Kräftegleichgewichtes seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist weitgehend der Tatsache zuzuschreiben, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika als einzige Macht im Besitz der Atomwaffe waren. Nach Winston Churchill bildete diese Waffe eine wirksame Friedensgarantie, ja den einzigen sicheren Damm gegen die anstürmende Gewalt des Kommunismus. Man ist daher zu fragen berechtigt, ob dieser Damm nun mit einemmal weggeschwemmt, ob in kürzester Zeit die gesamte amerikanische Politik außer Kurs gesetzt worden sei. Die Frage muß entschieden verneint werden. Die Strategie Amerikas, so wie sie sich in den letzten zwei Jahren herausbildete, hat je und je mit der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß es dem potentiellen Feind gelingen werde, sich die Atomkraft dienstbar zu machen. Schon vor mehr als einem Jahr stellte eine Spezialkommission in ihrem Bericht an den Präsidenten fest, daß Rußland bis zum Jahre 1952 über die Möglichkeit der mengenmäßigen Herstellung von Atombomben verfügen werde. Dem Wort «mengenmäßig» kommt besondere Bedeutung zu, denn bereits hört man den Vorwurf, die Entwicklung in Rußland eile diesem Bericht um mehr als zwei Jahre voraus. Ob und in welchem Maße sie den geheimen offiziellen Erwartungen wirklich vorauseilt, läßt sich nicht sagen, doch

haben höchste Stellen sich dahin geäußert, daß die russische Nachricht nur etwa ein halbes Jahr zu früh gekommen sei. Eine einzige Atomexplosion bedeutet eben noch lange kein ganzes Bombenarsenal. Rußland ist heute kaum viel weiter vorgeschritten als die Vereinigten Staaten im Juli 1945.

Die überragende Bedeutung der Atom-Luftmacht für die strategische Gesamtkonzeption der Vereinigten Staaten war Gegenstand meines Berichtes im Novemberheft 1948 dieser Zeitschrift. Im großen und ganzen behält er auch heute seine Gültigkeit. Es ist anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines Konfliktes den der Lage entsprechenden Gebrauch von der Atombombe machen würden. Eine starke amerikanische Luftwaffe, die imstande wäre, die Atombombe sozusagen an jedem beliebigen Punkt der Erde anzuwenden, ist angesichts der russischen Nachricht heute vielleicht wichtiger als noch vor einem Jahr. Denn sie wirkt nicht nur angriffsverhindernd während der Zeit, da Amerika die quantitative und qualitative Überlegenheit der Atomwaffe besitzt — d. h. mindestens noch für einige Jahre —, sondern sie kann kraft ihres hohen Bereitschaftsgrades als Vergeltungswaffe sowohl die Vereinigten Staaten als auch die alliierten Nationen vor einem Atomangriff bewahren, wenn später — d. h. nachdem der Feind bereits ein Lager von Atombomben angelegt hat — ein Krieg ausbrechen sollte. Mit andern Worten: gleichgültig, ob die Bombe angewendet oder (wie das Gas im vergangenen Krieg) nur in Bereitschaft gehalten wird, die Vereinigten Staaten müssen mit der Produktion fortfahren, um die Bombe jederzeit wirksam einsetzen zu können. Dies wird ohne Zweifel geschehen.

Es erscheint als wenig glückliches Zusammentreffen, wenn gerade zur jetzigen Zeit im Schoße des amerikanischen Verteidigungsministeriums interne, administrative Auseinandersetzungen zum Austrag kommen, in deren Verlauf die strategischen Konzeptionen einer Minderheit amerikanischer Offiziere in vollem Umfang der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen gewissen Offizieren der Marine und dem größeren Teil der Armee- und Luftwaffenoffiziere sind eine bedauerliche Begleiterscheinung der kürzlich durchgeführten Koordination der amerikanischen Verteidigungskräfte. Ausländische Beobachter tun gut, die Sache als Familienstreit zu betrachten und die eigenwilligen Äußerungen gewisser Offiziere zur Militärpolitik der Vereinigten Staaten nicht allzu ernst zu nehmen. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die amerikanische Strategie sowie bestimmte Kriegspläne von den Vertretern der Armee, der Marine und der Luftwaffe einmütig gutgeheißen worden sind.

Die Wichtigkeit des Atlantik-Paktes

und der auf Grund seiner Bestimmungen eingeleiteten Verteidigungsmaßnahmen ist durch die russische Nachricht stark ins Licht gerückt worden. Falls nämlich in einem Konflikt beide Parteien vor der Anwendung der Atombombe zurückschrecken würden, so gewännen offenbar die bisher gebräuchlichen Waffen noch an Bedeutung. Es ist daher wahrscheinlich, daß das vermehrte Interesse Amerikas am atlantischen Verteidigungsplan sich in diesem und dem nächsten Jahr durch eine die bisherigen Ausmaße übersteigende Hilfeleistung äußern wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Verlust des Atombomben-Monopols nicht dazu angetan ist, die strategische Planung über Nacht umzustürzen. Das militärische Denken Amerikas hat sich im allgemeinen als beweglich erwiesen, und die Strategie wird sich auch den künftigen Auswirkungen des Atom-Rüstungswettlaufes anzupassen wissen. Für den Augenblick sind außer dem begrüßenswert gesteigerten Nachdruck auf der europäischen Verteidigung keine wesentlichen Änderungen zu erwarten. Es wirkt aber besonders beruhigend, daß die Vorarbeiten des atlantischen Verteidigungskomitees nach Ansicht verantwortlicher Beamter in Washington sehr erfreuliche Resultate gezeitigt haben.

Was die Kommission für Atomenergie der Vereinigten Staaten betrifft, so will sie die Produktion von Atomwaffen weiterführen und möglicherweise sogar be-

schleunigen. Immerhin soll diese Produktion die grundlegende Forschung sowie diejenige zur Nutzbarmachung der Atomenergie für konstruktive Friedenszwecke nicht beeinträchtigen. Wenn wir wirklich am Beginn eines Atom-Wettrüstens stehen, so muß die grundlegende Forschung an Bedeutung noch zunehmen, und da ein gesundes und lebenskräftiges Volk für die Sicherheit des Landes unerlässlich ist, so dürfen die Möglichkeiten der medizinischen und industriellen Anwendung der Atomenergie nicht übersehen werden.

Auf der diplomatischen Front hat die russische Nachricht verschiedene Folgen. Die engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten, Canada und Großbritannien auf dem Gebiete der Atomenergie, welche seit einigen Wochen in Frage gestellt schien, darf nun als gesichert betrachtet werden. Jetzt, da die Sowjetunion im Besitz des Geheimnisses ist, wäre es töricht, unsere Freunde mit der Begründung hinzuhalten, die Sicherung der geheimen Informationen sei nicht gewährleistet.

Die Vereinigten Staaten werden auch weiterhin die internationale Kontrolle der Atomenergie befürworten und gleichzeitig eine absolut wirksame internationale Überwachung fordern. Die amerikanische Regierung wird sich auf keine Übereinkunft einlassen, die nicht eine solche Überwachung sicherstellt; doch ist die sowjet-russische Zustimmung hiezu kaum wahrscheinlich. Die Vereinigten Staaten werden der russischen Forderung auf Vernichtung der Atombombenlager gewiß nicht nachgeben. Übrigens sollte das russische Interesse für diesen quantitativen Vorteil die letzten Zweifel an dessen Wichtigkeit zerstreuen.

Die feste diplomatische Haltung Amerikas

wird sich nicht ändern. Washington erwartet kein baldiges Ende des kalten Krieges. Amerika ist heute wie je bereit, an der Arbeit für den Weltfrieden mitzuwirken, aber nicht um den Preis des Appeasement oder eines Kompromisses mit Idealen. Die Atomexplosion in Rußland hat die amerikanische Regierung in ihrer entschlossenen Stellungnahme bestärkt, nicht geschwächt.

Das Dahinfallen des Atombomben-Monopols wird möglicherweise auch seine Wirkungen auf die Innenpolitik der Vereinigten Staaten haben, und diese Wirkungen können nur von gutem sein. Obwohl die nächsten Kongreßwahlen erst in mehr als einem Jahr stattfinden, haben die jetzigen Kongreßmitglieder wie auch die künftigen Anwärter auf einen Kongreßsitz den Wahlfeldzug bereits eröffnet. Dabei vermochte sich in den Wochen vor der historischen Erklärung Präsident Trumans vereinzelt ein vielleicht nicht ungefährlicher Isolationismus wieder hervorzuwagen. Dies rief an einigen Stellen einer gewissen Besorgnis, denn man befürchtete, das Programm für die Auslandhilfe könnte im kommenden Jahr wachsender Opposition begegnen, wodurch das ganze Gebäude der Atlantikverteidigung ernstlich in Frage gestellt würde. Diese Gefahr ist durch den Verlust des Atombomben-Monopols beträchtlich geschwunden. Der Isolationist, der sich heute dem gebieterischen Verlangen nach Stärkung der Vereinigten Staaten und ihrer Freunde widersetzen wollte, müßte ein verbissener Kämpfer sein.

Abschließend ist festzuhalten, daß die wichtige Nachricht die Vereinigten Staaten nicht unvorbereitet angetroffen und daher keiner drastischen Änderung der gegenwärtigen Politik gerufen hat. Sie läßt jedoch eine noch entschlossener und wirksamere Verfolgung eben dieser Politik als äußerst dringlich erscheinen. Es braucht eigentlich kaum noch besonders betont zu werden: die weitgehende Einordnung Westeuropas und die kraftvolle Zusammenarbeit aller Nationen der atlantischen Gemeinschaft sind jetzt Forderungen von höchster Wichtigkeit.

Richard J. Davis

Brief aus Österreich

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die große Entscheidung des 9. Oktober, die ja schon Monate zuvor die Politik in diesem Lande sehr wesentlich beeinflusste, ist vorbei und Österreich hat also für weitere vier Jahre ein Parlament erhalten, das in seiner Funktionsperiode sehr wichtige Entscheidungen treffen müssen. Die Überraschung der

Nationalratswahlen

war überall der unverkennbare Erfolg einer neuen Partei, hinter welcher der erst in diesem Frühjahr gegründete Verband der Unabhängigen (VdU) steht. Allerdings erklären alle politischen Beobachter, daß dieser gute Start absolut zu erwarten war, nachdem ja niemand annehmen konnte, daß Österreich ewig beim ungesunden Dreiparteiensystem bleiben werde, und sie sind sogar geneigt, die 16 unabhängigen Nationalräte, die am 9. Oktober gewählt wurden, als die Mindestsumme jener Zahlen zu betrachten, die man vorher den Unabhängigen glaubte zubilligen zu können. Aber immerhin muß dieser Erfolg um so größer gewertet werden, als ja der VdU fast keine Geldmittel hatte, in der Propaganda benachteiligt wurde und außerdem nur über eine Wochenpresse verfügte. Vom Standpunkt des VdU versagt haben lediglich die Länder der Ostzone, in denen die Partei kein Grundmandat erreichen konnte. Neben der Angst vor einer Verfolgung durch die Russen war es die Furcht vor der Volksdemokratie, die viele Wähler abgehalten hat, dieser neuen Partei ihre Stimme zu geben.

Wenn die Unabhängigen ihre Funktion als konstruktive Opposition erfüllen, so wird das nur zu begrüßen sein. Das ist freilich im Augenblick ein wenig dankbares Geschäft, aber es wird die Zeit kommen, wo man die kleine Fraktion der Unabhängigen wird brauchen können. Ihre große Chance ist nämlich die des Züngleins an der Waage und wenn eine der beiden Großparteien (wie in den vergangenen Jahren öfter) die Geduld reißen wird — dann wird man sich um einen neuen Partner umsehen müssen.

Übrigens kann man bemerken, daß sich die Volkspartei recht gut geschlagen hat. Man sieht daraus, daß Österreich doch ein sehr konservatives Land ist. Die Volkspartei wird also — trotzdem sie ihre Mehrheit verloren hat — doch die führende Staatspartei bleiben, aber wenn sie in den kommenden Monaten weiterhin so wenig Aktivität zeigt wie in den vergangenen Jahren, so wird sie nächstens mit viel schlimmeren Verlusten rechnen müssen. Ist doch gerade das Ergebnis von Oberösterreich — wo die alten Christlichsozialen durch viele Jahrzehnte die Mehrheit hatten — niederschmetternd. Und nicht viel anders ist es mit Salzburg und Vorarlberg, wo es ja nie eine nennenswerte nationale Bewegung gegeben hat. Gerade im «Ländle» war der Erfolg der Unabhängigen, der auf Kosten der beiden Großparteien ging (Handelsminister Dr. Kolb fiel im ersten Wahlgang durch), nicht zu verkennen.

Überraschend schlecht haben die Sozialisten abgeschnitten, die insgesamt neun Mandate verloren, — nur eines an den Linksblock, alle anderen an den VdU. In Wien fielen die Sozialisten von 58 auf 52 % zurück, während sie in anderen Städten (Linz, Graz, Steyr usw.) zum ersten Mal seit dem Weltkriege in der Minderheit blieben. In Kärnten verloren sie ebenfalls ihre Mehrheit, doch kann es sie trösten, daß ihre Stimmen nicht dem Linksblock, sondern den Unabhängigen zugute kamen, denen gegenüber man sich einer fairen, fast wohlwollenden Haltung befleißigte.

Die vereinigten Kommunisten und Linksozialisten haben ein Fiasko erlitten, das sie wohl nicht erwartet hatten. Denn die Dissidenz des früheren sozialistischen

Parteisekretärs Erwin Scharf hatte nur den Gewinn eines Mandates eingetragen, konnte in den Ländern aber einen Verlust von vier kommunistischen Mandaten an den «neofaschistischen» VdU nicht verhindern. Dies ist ein neuerlicher Beweis für die Unpopularität der Kommunisten, die selbst aus den verschiedenen Fehlern der Regierung nichts profitieren konnten, weil sie heute überall als «die ausländische Partei» diffamiert sind.

Die vier Besetzungsmächte,

die sich vor den Wahlen im großen und ganzen sehr reserviert verhalten haben, sind jetzt vor neue Tatsachen gestellt. Denn die Unabhängigen haben schon mehrmals zu verstehen gegeben, daß sie nicht daran denken, eine politische Partei zu werden, solange dazu die Genehmigung der Alliierten notwendig ist. Sie sind ein Verein, der nicht genehmigungspflichtig ist und die Westmächte haben nun auch eingesehen, daß es unsinnig ist, noch weiter auf der Genehmigung neuer Parteien zu bestehen, weil diese ja sowieso de facto bereits vorhanden sind. Die Sowjets haben dagegen jedoch ihr Veto eingelegt, zumal sie immer bestrebt sind, ihre Zugeständnisse recht teuer erkaufen zu lassen.

Das viel verbreitete Gerücht, die Russen begünstigten den VdU, ist natürlich ein Märchen — aber sicher hatte es doch eine Bewandtnis, daß man im Frühjahr ausgerechnet den General Swiridow aus Moskau nach Österreich schickte, — jenen Mann, dessen Werk die Zersetzung und Spaltung der nichtkommunistischen Parteien in Ungarn war, solange er dort wirkte. Aber hier liegen doch andere Verhältnisse insofern vor, als Österreich eben von vier Mächten besetzt ist. Der Gedanke einer Auflösung des VdU nach den Wahlen («wegen neofaschistischer Betätigung»), mit dem die Sowjets vielleicht wirklich gespielt haben, ist heute in weite Ferne gerückt, nachdem eine Annullierung der unabhängigen Mandate keine linke Mehrheit schaffen würde. So wird also die russische Politik im Gegenteil darin bestehen, der Regierung nicht nur durch die Kommunisten, sondern auch durch die unabhängigen Schwierigkeiten zu bereiten. Das ist heute die einzige und recht bescheidene Möglichkeit, die den Sowjets in Österreich bleibt.

Die neuen Aufgaben

des nun gewählten Parlaments sind groß. Die Volkspartei hat sich im Wahlkampf für eine *Beseitigung der NS-Gesetze* und sogar für eine teilweise Wiedergutmachung ausgesprochen, wobei sie mit der vollen Unterstützung des VdU rechnen kann. Auch die Sozialisten, die noch im Sommer eine völlige Amnestierung der ehemaligen Nationalsozialisten verhinderten, werden jetzt ihren Standpunkt revidieren müssen. Vielleicht noch dringlicher wird aber die Frage der *Angleichung des Schillings* an das Pfund sein, die man — um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen — bis nach den Wahlen verschoben hat. Sie ist aber — wie hier schon letzthin angedeutet wurde — für Österreich nicht zu umgehen, denn schon jetzt sind dessen Exportgüter auf den Weltmärkten nicht immer konkurrenzfähig.

Die umfassendste Arbeit aber wird zweifellos die *Verwaltungsreform* sein. Seit Beginn des Krieges hat sich nämlich das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten ganz erheblich zugunsten der letzteren verschoben, so daß Österreich heute einen aufgeblähten und dabei wenig leistenden Beamtenapparat hat, der Unsummen Geldes verschlingt, während auf der anderen Seite die Kräfte in der Produktion fehlen. Die politischen Veränderungen des Jahres 1945 haben überdies Menschen ohne jede fachliche Qualifikation in Ämter gebracht, denen sie keineswegs gewachsen sind. Es waren die Rücksichten auf die Wahlen, die bisher die Regierung daran hinderten, die Verwaltungsreform in Angriff zu nehmen — aber jetzt ist sie nicht mehr aufzuschieben. Die Überführung von mindestens 20 000 überzähligen Be-

amten in die Produktion wird für viele ein gewisses Opfer bedeuten, soll aber andererseits gesunde Verhältnisse schaffen.

Fast könnte es nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre als übertriebener Optimismus angesehen werden, wenn man der Meinung ist, dieses Parlament werde auch den

Staatsvertrag

zu akzeptieren haben. Aber schließlich wird es ja in den nächsten vier Jahren einmal so weit sein. Dann wird dem Nationalrat wohl nichts anderes übrig bleiben, als seine Zustimmung zu geben — soll die gegenwärtige Okkupation nicht endlos fort-dauern. Aber so viel man heute schon sieht, sind die Opfer, die Österreich den Sowjets nach dem letzten Stand der Verhandlungen wird bringen müssen, noch nicht die letzten. Wie weit die russischen Forderungen gehen, zeigt am besten die Tatsache, daß die Amerikaner sogar schon keine Verantwortung mehr übernehmen wollen und erklären, jedes weitere Zugeständnis an Moskau nur mit Zustimmung der österreichischen Regierung zu geben. Die wirkliche Befreiung wird also einen Preis kosten, an den die Österreicher ewig denken werden.

Brief aus Italien

Die professionellen Schwarzseher, die angesichts der Lärm- und Prügelszenen im italienischen Parlament bei der Ratifikation des Atlantikpaktes Ende Juli einen turbulenten Herbst prophezeiten, haben wieder einmal Unrecht behalten, wie es ja in Italien sehr oft anders kommt als die Indizien vermuten lassen.

Die Innenpolitik

zeichnet sich seit Wochen durch eine ungewohnte Ruhe aus. Politische Störungsversuche, wie z. B. der Seeleutestreik in Genua Mitte September, der u. a. die «Vulcania» zwei Wochen am Auslaufen verhinderte, fielen kläglich zusammen. Die kleineren Streiks, wie z. B. derjenige der Typographen, der die italienischen Städte tagelang ohne Zeitungen ließ, sind wirtschaftlich bedingt.

Falls die Kominform und ihre hiesigen Drahtzieher keine Störungsaktionen vom Zaune reißen (und angesichts der Stimmenverluste, die sie im ganzen freien Europa anlässlich der verschiedenen Wahlen registrieren mußten, ist kaum damit zu rechnen), dürfte vor den administrativen Neuwahlen, die nun auf nächstes Frühjahr festgesetzt worden sind (Neubestellung der Gemeinde- und Wahl der Regionalräte), kaum mit innenpolitischem Sturmweather zu rechnen sein. Die kommunistische Propagandamusik schwelgt gegenwärtig in pazifistischen Mollsonaten. Die in allen größeren und kleineren Städten abgehaltenen «feste dell'Unità» waren auf Gimpelfang abgestimmte Kermessen, bei denen das Leitmotiv des russischen Lämmchens und des anglo-amerikanischen Imperialistenwolfes in Zeichnungen und Reden mannigfach abgewandelt wurde. Nach den Erfahrungen der Parlamentswahlen vom Frühjahr 1948 will man offensichtlich der Rechten keine Gegentrümpfe in die Hände spielen, wie sie politische Streiks und andere willkürliche Störungsmanöver immer bilden.

Mehr Interesse boten die in den vergangenen Wochen vom Parlament durchberatenen Budgets der verschiedenen Ministerien, wobei allerlei Interessantes an die Öffentlichkeit gelangte, besonders auf dem Gebiete der *italienischen Landesver-*

teidigung. Die gegenwärtigen acht Divisionen sollen im nächsten Jahre auf zwölf, d. h. auf das im Friedensvertrag festgelegte Maximum gebracht werden, während nach Neujahr auch mit dem Ausbau der Kriegsmarine begonnen werden dürfte, die ja durch die Verluste während des letzten Konfliktes und die Reparationslieferungen an die Oststaaten stark dezimiert worden ist. Viel schlimmer soll es aber um die einst so tüchtige Militäraviatik stehen, die hinsichtlich Personal und Material vollständig neu geschaffen werden muß. Durch den Ankauf und die Lizenzübernahme englischer Vampires wurde bereits ein erster Schritt in dieser Richtung getan.

Etwas Staub hat die kürzlich durch ein Zufallsmehr der Links- und Rechtsopposition in der Kammer beschlossene politische Amnestie aufgeworfen, die aber kaum Gesetzeskraft erlangen dürfte, da sie vom nunmehr gewarnten Senat aller Voraussicht nach abgelehnt werden wird. Einer pikanten Note entbehrte die anfangs Oktober von der Sozialistin Merlin vorgebrachte Motion über die baldige Aufhebung der öffentlichen Häuser nicht.

Wenn im vergangenen Sommer durch eine Rede De Gasperis einige Tage Krisenluft in der Regierung wehte, so scheint die Koalition heute wieder so fest gekittet wie je zu sein. Eine teilweise Umbildung könnte vom Sektor der

Außenpolitik

herkommen, wird doch die Möglichkeit einer Demission Sforzas auch im regierungstreuen Lager wieder eifrig diskutiert. Wir können uns zwar nicht vorstellen, daß irgend eine andere Persönlichkeit in der dornigen Koloniefrage bessere Resultate hätte erzielen können, wenn auch gesagt werden muß, daß der Bevin-Sforza-Kompromiß vom vergangenen Frühjahr offenbar diplomatisch nicht genügend vorbereitet war, denn sonst hätten die wenigen zu seiner Annahme in der UNO notwendigen Stimmen bestimmt gefunden werden können. Seither ist ja nun ein vollständiger Richtungswechsel erfolgt. Um den britischen Schachzug der Schaffung einer «unabhängigen» Cyrenaika zu parieren, blieb Italien nichts anderes übrig, als für das ganze ehemalige Tripolitanien die volle Unabhängigkeit zu verlangen, nicht nur um dem begreiflichen Ärger gemäß dem Satze: «Wenn ich nicht, so Du auch nicht» Luft zu machen, sondern auch in der Hoffnung, in einem freien Nordafrika die besten Chancen für eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der einheimischen Bevölkerung zu haben. Jedenfalls liegt das Gesamtergebnis in der Kolonialfrage weit unter den Mindesthoffnungen der Italiener, und wenn bis jetzt die Reaktion auf diese Enttäuschung auch recht lau gewesen ist, so kann sie plötzlich violente Formen annehmen. Ganz bestimmt wird diese Lösung das englisch-italienische Verhältnis auf lange Zeit belasten — ein Faktor, der im Rahmen der allgemeinen antibritischen Gefühlswelle Kontinentaleuropas nach der Pfundabwertung nicht außer acht zu lassen ist.

Eher verbessert haben sich dagegen die Chancen Italiens im Triestiner Sektor. Die harte Bedrängung Titos durch Rußland und Konsorten enthebt die Westmächte der Notwendigkeit, den Marschall durch Konzessionen an der Adria antikommunistisch zu erhalten. Es ist deshalb um jene Fieberzone in letzter Zeit merkwürdig still geworden, und es würde uns nicht wundern, wenn eines Tages ein von Jugoslawien, Italien und den Angelsachsen gutgeheißener Kompromißvorschlag Gestalt annehmen würde. Gerüchte dieser Art werden bereits herumgeboten.

Wenn Italiens Platz im Atlantikpakt auch nicht unter den ersten Geigen ist, so partizipiert es doch eifrig an seinem politischen und militärischen Ausbau. Die wiederholten Reisen Graf Sforzas, des Landesverteidigungsministers Pacciardi und des Generalstabschefs General Marras nach Washington legen davon Zeugnis ab. Diese Mitarbeit wird vom regierungstreuen Lager mit um so größerer Genugtuung

verfolgt, als Rußland vor einigen Wochen ein xtes Mal Italiens Beitritt zur UNO verhinderte. Wohl auch um Italien eine Kompensation zu verschaffen und seine Reife zur Mitarbeit in der UNO zu dokumentieren, beschloß die UNESCO, ihre nächste Frühjahrskonferenz in Florenz abzuhalten. Man hat diese Geste hier mit großer Genugtuung aufgenommen.

Wenn Italien im Berichtsquartal auf außenpolitischem Gebiete nicht allzu erfolgreich war, so hat es dafür

auf finanziellem Gebiete

recht gut abgeschnitten. Die italienische Lira hat das große Herbstexamen vom 19. September ausgezeichnet bestanden und der Welt damit den Beweis geliefert, daß Italiens Finanzlage viel weitgehender konsolidiert ist als man in manchen ausländischen Kreisen (inklusive schweizerischen!) bis jetzt annahm. Uns kam dieses Resultat nicht unerwartet, denn die zähe, kluge, auf solider Marktwirtschaft aufgebaute Finanzrekonstruktion, die der damalige Bilanzminister Einaudi — heute Staatschef Italiens — vor Jahren im Sinne der Röpke'schen Theorien unternahm und die von seinen Nachfolgern trotz allen Widerständen fortgesetzt wurde, mußte zwangsläufig zu diesem günstigen Ergebnis führen. Während England, Holland, Skandinavien u. a. m. immer weiter im Moraste des Staatssozialismus versanken, über ihre Verhältnisse lebten, mit Subventionen, Autarkiemassnahmen und andern Widernaturallichkeiten ihre Wirtschaften und Finanzen dem Ruin zudirigierten, hat Italien schon vor vier Jahren den andern Weg eingeschlagen, und es erntet heute die Früchte seiner Vernunft. In Italien wurden die Börsen während der kritischen Septembertage nicht geschlossen, und sie haben das in sie gesetzte Vertrauen durchaus gerechtfertigt. Wohl gingen in den ersten Stunden die Kurse rapid hinauf, doch das neue Gleichgewicht fand sich schon bald wieder. Der «schwarze» Dollarkurs fiel seither vom damals erreichten Höchststand von 705 sukzessive auf 685 zurück und steht damit nurmehr ca. 8 % über dem Vorabwertungsstand. Diesem Prozentsatz entspricht auch der gegenwärtige offizielle Exportdollarkurs von ca. 627, der sich seit einem Monat auch bereits um ca. 11½ % verbesserte. Bekanntlich hat Italien, da es noch durch kein Abkommen mit dem internationalen Währungsfonds gebunden ist, vorläufig darauf verzichtet, eine neue Parität mit dem Dollar festzulegen. Es überläßt, auch wieder nach gesunden marktwirtschaftlichen Grundsätzen, seiner mittlerweile durch massive Devisenankäufe gestärkten Währung, das ihrem innern Werte entsprechende Niveau zu finden, statt sich voreilig auf eine neue Parität festzulegen. Bis jetzt hat die schwache Abwertung, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nicht preisverteuernd gewirkt. Während England den Brotpreis sofort um 20 % erhöhen mußte, wurde er hier in den letzten Tagen ohne irgendwelche staatlichen Subventionen herabgesetzt.

Es ist möglich, daß für die englische Währung im italienischen Exporthandel eine andere «Cross-rate» als 2,8 gefunden wird, denn der gegenwärtige Kursstand des Pfundes von 1750 gegenüber 2300 vorher dürfte den italienischen Export nach der Sterlingzone weitgehend hemmen. Ein Entscheid darüber wird aber kaum rasch fallen, denn die Regierung wird wohl zuerst die Exportentwicklung der nächsten Monate abwarten wollen. Wie die meisten Länder Europas kaufte Italien bisher weitgehend aus den Dollarländern und verkaufte in die Sterlingzone. Dadurch hat sich in London ein Kreditsaldo Italiens von über 70 Millionen Pfund gebildet, dessen Kaufwert durch die kürzliche Abwertung ganz bedeutend herabgesetzt wurde. Daß Italien an einer Fortsetzung dieser «Geschenkpaxis» nicht sehr gelegen ist, liegt auf der Hand.

Ob die Pfundabwertung mit all ihren Folgen die weitere

Aufwärtsentwicklung der italienischen Wirtschaft

abzubremsen vermag, wird die Zukunft zeigen. Daß sie in der ersten Jahreshälfte recht erfreulich war, geht aus folgenden Einzelheiten hervor: Der Index der Industrietätigkeit stand Ende Juni 12 % über Vorkriegsniveau; der Export der ersten sieben Monate beträgt 680 Millionen Dollar und steht damit 35 % höher als im Vorjahr; der Import verzeichnet mit 979 Millionen Dollar eine Steigerung von nur 11 %. Der Passivsaldo hat sich dadurch im gleichen Zeitraum von ca. 400 auf 300 Millionen Dollar vermindert. Die vermehrte Wirtschaftstätigkeit hat auch die Zahl der Arbeitslosen wesentlich herabgesetzt. Sie betrug nach offiziellen Angaben im Juli noch 1,8 Millionen, d. h. 470 000 weniger als vor einem Jahr. Tatsächlich ist die Zahl der in den Arbeitsprozeß eingegliederten Italiener noch wesentlich größer, denn jedes Jahr bringt gegenwärtig ca. 400 000 Neubewerber infolge der starken Bevölkerungsvermehrung. Die Emigration vermochte bisher nur einem Bruchteil dieser zusätzlichen Arbeitskräfte Placierung im Ausland zu ermöglichen. Die Auswanderungsziffern für 1948 liegen bei der 100 000-Personen-Grenze, und im laufenden Jahre dürfte die Zunahme nur ca. 20 % betragen. Italien ist also von einer definitiven Lösung des Bevölkerungsproblems immer noch weit entfernt. Immerhin hofft man, neben Argentinien auch Brasilien in naher Zukunft als Großauswanderungsziel zu gewinnen.

An die anfangs Oktober von den O.E.C.E.-Ländern gestartete Liberalisierungsbewegung zur Hebung des intereuropäischen Handels hat auch Italien durch die Freigabe einer ganzen Reihe bisher gebundener Einfuhrpositionen seinen Beitrag geleistet, und es ist bereit, die Befreiung des kontinentalen Austauschverkehrs von Kontingents- und andern Fesseln durch bilaterale Abkommen noch weiter zu fördern. Wie ernst es ihm mit diesen Auflockerungsbestrebungen ist, wird am Ausgang der gegenwärtig in Rom geführten *schweizerisch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen* zu ermesen sein.

Der Tourismus

lief im Berichtsquartal auf Hochtouren. Da die Gäste aus dem Pfundsektor hierzulande einen weit geringern Prozentsatz als z. B. in der Schweiz ausmachen, wird die Abwertung in diesem Sektor keine großen Folgen haben. Allenthalben rüstet man sich fieberhaft, um den Problemen des Massenandranges anlässlich des kommenden Heiligen Jahres gewachsen zu sein. Das Verkehrs- und Hotelwesen hat schon jetzt seine Vorkriegskapazität wieder erreicht, vielerorts sogar überschritten.

Italien ist auf dem Wege der allgemeinen Konsolidierung im Laufe der letzten drei Monate wieder ein gutes Stück vorangekommen. Noch vor einem Jahre wäre die nun mittlerweile in Vollzug getretene Liquidation der Isotta-Fraschini-Werke, die jahrelang durch Millionensubventionen am Scheinleben erhalten werden mußten, aus innenpolitischen und sozialen Gründen nicht möglich gewesen. Es ist ein gutes Zeichen, daß nun mit diesen letzten Passivposten aufgeräumt werden kann.

Peregrinus